

# zentralasien- analysen



[www.laender-analysen.de/zentralasien](http://www.laender-analysen.de/zentralasien)

## HÄUSLICHE GEWALT GEGEN FRAUEN IN KIRGISTAN

### ■ ANALYSE

Die »Verborgene Pandemie«: Häusliche Gewalt gegen Frauen in Kirgistan  
Asylai Akisheva (Koç Universität, Istanbul) 2

### ■ STATISTIK

Die Verbreitung von Covid-19 in Zentralasien (Stand: 06. April 2021) 6

### ■ CHRONIK

25. Januar –21. März 2021  
(einschließlich Covid-19-Chronik) 10

Kasachstan	10
Kirgistan	13
Tadschikistan	17
Turkmenistan	21
Usbekistan	24

## Die »Verborgene Pandemie«: Häusliche Gewalt gegen Frauen in Kirgistan

Asylai Akisheva (Koç Universität, Istanbul)

DOI: 10.31205/ZA.146.01

### Zusammenfassung

Mit dem Beginn des Lockdowns im Frühjahr 2020 stiegen die Fälle von häuslicher Gewalt in Kirgistan auf ein Rekordhoch. 2020 wurden im Vergleich zum Vorjahr 47 % mehr Fälle registriert, die Dunkelziffer dürfte höher liegen. Der Balanceakt zwischen Infektionsschutz und Gewaltprävention scheint zu misslingen: Ausgangssperren sahen keine Ausnahmeregelungen für Opfer häuslicher Gewalt vor und die Quarantänemaßnahmen untersagten Krisenzentren die weitere Aufnahme von Schutzsuchenden. Beides führte zu einer Verschärfung der Notlage vieler betroffener Frauen. Dennoch scheint das Thema häusliche Gewalt in Kirgistan aktuell verstärkt ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, nicht zuletzt durch neue Initiativen. Landesweite Aufmerksamkeit erregte die Misshandlung einer Frau in Suzak durch ihren Ehemann. Der Fall verdeutlicht auch die sozioökonomische Abhängigkeit der Opfer in Gewaltfällen.

### Staatliche Maßnahmen gegen häusliche Gewalt: Ein Kampf gegen Windmühlen?

Die Politik des kirgisischen Staates zur Prävention von häuslicher Gewalt lässt sich in internationale Verpflichtungen und nationale Bemühungen aufteilen. So ist Kirgistan einer Reihe von internationalen Menschenrechtsvereinbarungen beigetreten, welche u. a. den Schutz von Frauen und Mädchen vor Diskriminierung und Gewalt zum Ziel haben. Darunter fallen:

- die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, CEDAW, 1979) und deren freiwilliges Zusatzprotokoll (1999),
- der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt, 1966),
- der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (UN-Zivilpakt, 1966),
- das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (UN-Kinderrechtskonvention, 1989),
- das Übereinkommen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (Palermo-Konvention, 2000),
- das Protokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels (2000).

Allerdings ist Kirgistan bis heute nicht der sogenannten Istanbul-Konvention beigetreten, die in ihrer Form als internationaler Vertrag mit umfassendem Rechtsrahmen eines der wichtigsten Mittel im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt ist.

Unter die nationalen Bemühungen fällt ein im Jahr 2017 verabschiedetes Gesetz zum Schutz von Frauen gegen häusliche Gewalt. Durch das Gesetz wurde ein rechtlicher Mechanismus geschaffen, um von staatlicher Seite gegen häusliche Gewalt vorgehen zu können. Das Gesetz umfasst drei wesentliche Bestimmungen:

- den staatlich garantierten Schutz von Frauen vor physischer Gewalt sowie psychischem oder wirtschaftlichem Missbrauch,
- die Verpflichtung der Polizei, Kontaktverbote zu erlassen und Anzeigen über häusliche Gewalt auch dann aufzunehmen, wenn sie nicht von den Opfern selbst eingereicht wurden, sowie
- die Regelung von Hilfsangeboten für Betroffene. Hierzu zählen Möglichkeiten für rechtliche, medizinische, psychologische und soziale Beratung und Unterstützung.

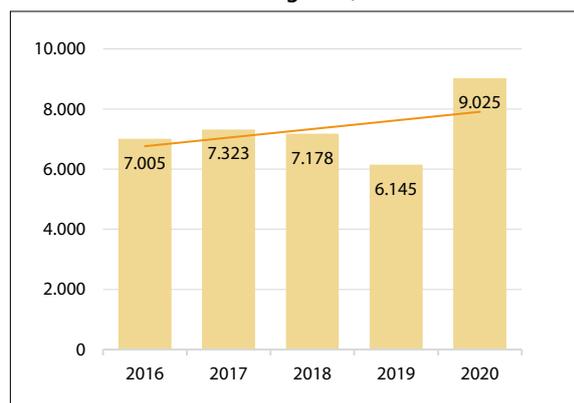
Bereits vor der Pandemie wurden praktische Maßnahmen ergriffen, um die Bestimmungen des Gesetzes umzusetzen. Allerdings sind nichtstaatliche Krisenzentren nach wie vor die einzigen existierenden Strukturen, die Opfern häuslicher Gewalt wirkliche Unterstützung bieten. Häufig sind die Hilfsmöglichkeiten der Zentren aufgrund mangelnder finanzieller Ressourcen und fehlendem Personal jedoch begrenzt. Grundsätzlich gehört der Schutz von Opfern häuslicher Gewalt in den Kompetenzbereich öffentlicher Institutionen, in kirgisischen Dörfern etwa in den der *Aksakale*, der »Dorfältesten«. Statistiken (<http://stat.kg/ru/news/okolo-85-percentov-obrativshihsiya-v-2019-godu-pofaktam-semejnego-nasiliya-zhenshiny/>) zeigen jedoch, dass sich Betroffene deutlich seltener an sie wenden als an die Krisenzentren.

Die Regierungsmaßnahmen sowie das Engagement verschiedener NGOs legen nahe, dass der Kampf gegen häusliche Gewalt in Kirgistan zunehmend ernst genommen wird. Dennoch kann kein Rückgang der häuslichen Gewalt im Land festgestellt werden: Laut dem letzten vor der Pandemie veröffentlichten nationalen Zwischenbericht im Rahmen der CEDAW blieben die Fallzahlen im Schnitt in etwa konstant. Nach Einführung des neuen Gesetzes stiegen die Fallzahlen laut Nationa-

dem Statistikkomitee von 7.005 Fällen im Jahr 2016 auf mehr als 7.300 Vorfälle im Jahr 2017. Im Folgejahr 2018 wandten sich 8.730 Menschen an die Krisenzentren oder andere spezialisierte Institutionen, der Großteil von ihnen Frauen (78%). Zudem wurden 62 Frauen durch häusliche Gewalt getötet und weitere 288 verletzt.

Ein Blick in die Statistik von 2020 zeigt, dass die gemeldeten Fälle seit Beginn der Pandemie stark anstiegen. Zwischen Januar und März 2020 stieg die Zahl der gemeldeten Fälle um 65% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. 95% der Opfer waren Frauen. Der Statistik zufolge war die Hauptstadt Bischkek besonders stark von der Gewaltwelle betroffen. Das Büro des Stadtkommandanten von Bischkek meldete für den Zeitraum zwischen dem 24. März und dem 24. April 2020 162 Fälle, was einem Anstieg um 62% gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht.

**Grafik 1: Anzahl registrierter Fälle von häuslicher Gewalt in Kirgistan, 2016 – 2020**



Quelle: Nationales Statistikkomitee der Kirgisischen Republik (<http://stat.kg/ru/statistics/download/dynamic/662/>)

Das Innenministerium sprach für das Jahr 2020 von einem Rekordhoch von insgesamt 9.025 Fällen (<https://rus.azattyk.org/a/31060795.html>), von denen lediglich 947 vor Gericht landeten. Die Zahlen zeigen einen alarmierenden Anstieg innerfamiliärer Gewalt, wobei von einer hohen Dunkelziffer auszugehen ist, besonders was Frauen in ländlichen bzw. entlegenen Gebieten des Landes angeht. Aufgrund der dortigen Dominanz traditioneller und religiöser Strukturen sind sie einer ohnehin erhöhten Vulnerabilität ausgesetzt, die durch die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie noch größer wurde. Andererseits gibt es weniger Möglichkeiten und große Hindernisse für sie, sich nach Gewalterfahrungen innerhalb der Familie an entsprechende Stellen zu wenden, wo die Fälle registriert werden. Weitere besonders gefährdete Gruppen sind Frauen mit Behinderung, deren ökonomische Abhängigkeit von ihren Familienangehörigen besonders stark ist. Dies gilt auch für Jugendliche, insbesondere Kinder von Arbeitsmi-

grant:innen, die verstärkt physischem Missbrauch ausgesetzt waren.

## Gründe für die zunehmende häusliche Gewalt in Pandemiezeiten

Seit Beginn der Pandemie ist die Gewalt in den Familien stark gestiegen, u. a. da mögliche Ausweichmöglichkeiten für Gewaltopfer entfielen. Die Einstellung öffentlicher Verkehrsmittel bedeutete für schätzungsweise ein Drittel der Frauen eine massive Einschränkung ihrer Mobilität. Insbesondere Frauen in abgelegenen Gegenden konnten Krisenzentren in Notfällen dadurch nicht mehr erreichen.

Der Zusammenbruch des internationalen Flugverkehrs sowie geschlossene Grenzen brachten die saisonale Arbeitsmigration zum Erliegen. Ein Großteil der Arbeitsmigrant:innen rutschte in die Arbeitslosigkeit, was auch für die häusliche Sicherheit zahlreicher Frauen Konsequenzen hatte: Der psychische Druck, dem die gestrandeten Arbeitsmigrant:innen ausgesetzt waren, entlud sich nicht selten in Gewaltausbrüchen gegenüber den eigenen Familienangehörigen.

Während der Pandemie war wiederholt zu beobachten, dass Frauen aus Angst vor einer Infektion medizinische Untersuchungen verweigerten, bei denen ein physischer Missbrauch beweiskräftig festgestellt werden sollte. Viele Frauen schreckten, auch aus mangelndem Vertrauen in die Behörden, vor einer Anzeige bei der Polizei zurück. Betroffene kennen ihre gesetzlich verankerten Rechte häufig nicht oder sind wirtschaftlich von ihren Peinigern abhängig, weshalb sie oftmals dazu neigen, ihnen zu vergeben. Der konkrete Einfluss dieser Faktoren auf die einzelne Situation hängt auch vom Bildungsgrad der Betroffenen ab. Als trauriges Exempel für die beschriebenen Aspekte von häuslicher Gewalt dient ein Fall in der Region Suzak: Dort hängte ein Mann Autoreifen um den Hals seiner Ehefrau, schlug sie mehrfach, übergoss sie mehrfach mit Wasser und stellte ein Video seiner Tat ins Internet. Nachdem die betroffene Frau die Polizei verständigt hatte, vergab sie ihrem Mann später. Dieser wurde anschließend zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Nachdem mehrere Fälle dieser Art bekannt geworden sind, diskutierte das kirgisische Parlament über verschiedene Möglichkeiten, härter gegen häusliche Gewalt vorzugehen. Im Januar 2021 wurde das Gesetz von 2017 erweitert, sodass die Täter in jedem Fall auch dann bestraft werden, wenn ein Vergebungsschreiben des Opfers vorliegt.

## Krisenzentren und Hotlines

Während des ersten Lockdowns im März und April 2020 mussten die Krisenzentren schließen. Die Maßnahme sollte die Bewohnerinnen vor einer möglichen Infektion durch neu aufgenommene Frauen schützen. Hierauf ver-

suchten Krisenzentren, schutzsuchende Frauen bei ihren Verwandten unterzubringen. In ländlichen Regionen zählen Krisenzentren zu den wenigen Orten, wo Frauen in Notsituationen geholfen wird. Während der ersten Pandemiewelle mussten diese Zentren auf Online-Beratungen ausweichen. Psychologische und rechtliche Beratungen wurden per E-Mail oder über soziale Netzwerke wie Facebook oder Instagram durchgeführt.

Von den fünfzehn nichtstaatlichen Krisenzentren im Land können nur zwei (jeweils eines in Bischkek und Osch) eine Notunterbringung in den eigenen Räumlichkeiten anbieten. Die übrigen Krisenzentren haben keine eigenen Kapazitäten zur Unterbringung und müssen, soweit es ihre finanziellen Mittel zulassen, externe Räumlichkeiten anmieten. Während des Ausnahmezustands der ersten Corona-Welle im Frühjahr 2020 wurden lediglich fünf Einrichtungen, die der Vereinigung der Krisenzentren angehören, staatlich unterstützt. Sie bekamen durchschnittlich 600.000 kirgisische Som (KGS), umgerechnet etwa 8.000 US-Dollar. Bis Mai 2020 wurde keines der Krisenzentren durch internationale Organisationen unterstützt. Sie verfügten also kaum über finanzielle Ressourcen und konnten deshalb weder genug Personal einstellen noch Räumlichkeiten mit einer ausreichenden Anzahl an Betten mieten.

Immerhin konnten die Hotlines weiterbetrieben werden, die in allen Regionen des Landes Opfern häuslicher Gewalt eine erste Anlaufstelle bieten. Nach Angaben der Vereinigung der Krisenzentren riefen während des Lockdowns innerhalb eines Monats etwa 700 Opfer häuslicher Gewalt an, von denen viele zusätzlich an Lebensmittelmangel litten. Als im Herbst 2020 die zweite Welle begann, konnten die Hotlines bereits auf Erfahrungen mit den Problemen der Anruferinnen während der ersten Welle zurückgreifen und einen darauf basierenden Leitfaden für den Umgang mit Notsituationen erstellen.

#### **Kontaktverbote und Ausgangsbeschränkungen**

Während des Lockdowns erließen die kirgisischen Polizeibehörden zahlreiche Kontaktverbote. Allein in den ersten drei Monaten von 2020 wurden mindestens 2.319 Kontaktverbote wegen häuslicher Gewalt ausgesprochen, 72 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Bis Oktober 2020 hatte sich ihre Gesamtzahl laut dem Ministerium für Arbeit und soziale Entwicklung auf mehr als 7.000 erhöht.

Offiziell gab es für Opfer häuslicher Gewalt während des Lockdowns keine Ausnahmen von den scharfen Ausgangsbeschränkungen. Allerdings wurden keine Verhaftungen von Frauen in Notsituationen wegen Verstößen gegen Infektionsschutzmaßnahmen gemeldet. Menschenrechtsaktivist:innen und einzelne Parlamentsabgeordnete verlangten im April 2020 sofortige Maßnahmen, um die Betroffenen besser zu schützen. Infolgedessen wurde die Strafprozessordnung des Landes um

einen Zusatz erweitert, der es der Polizei seitdem ermöglicht, mutmaßliche häusliche Gewalttäter 48 Stunden lang festzuhalten.

#### **Zugang zu gerechten Verfahren und Gesundheitsversorgung**

Mehrere Gerichte in der Hauptstadt Bischkek und in den Regionen Osch, Dschalalabad und Tschui stellten zwischen dem 30. März und dem 30. April 2020 ihre Arbeit ein, als in ihren Amtsgebieten strikte Ausgangssperren verhängt wurden. Zudem wurden Ermittlungsarbeiten unterbrochen, u. a. da Tatorte nicht mehr besucht werden konnten. Hierdurch spitzte sich die schwierige Situation vieler Opfer häuslicher Gewalt weiter zu, da sie nun kaum mehr Möglichkeiten besaßen, rechtliche Unterstützung zu erhalten und ihre Rechte vor Gericht geltend zu machen. Letzteres ist für kirgisische Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, nicht erst seit Beginn der Pandemie schwierig. Ihr Zugang zu gerechten Verfahren wird durch Geschlechterstereotype erschwert und sie sind während der juristischen Aufarbeitung oftmals sekundärer Viktimisierung ausgesetzt. In diesem Zusammenhang hat sich die juristische Situation von Opfern häuslicher Gewalt auch während der zweiten Pandemiewelle im Herbst 2020, als die Gerichte uneingeschränkt weiterarbeiten konnten, nicht verbessert.

Viele von häuslicher Gewalt betroffene Frauen – vor allem, wenn sie besonders vulnerablen Gruppen angehörten – hatten während des Lockdowns im Frühjahr 2020 kaum Zugang zu grundlegenden Ressourcen und Dienstleistungen wie medizinischer Schutzausrüstung, Hygieneprodukten, sanitären Einrichtungen, ärztlicher Versorgung oder sozialen Diensten. Selbst Wasser und Nahrungsmittel waren häufig knapp.

#### **Maßnahmen gegen die »Pandemie häuslicher Gewalt«**

Im Hinblick auf Maßnahmen zur Bekämpfung der häuslichen Gewalt in Kirgistan seit Beginn der Pandemie ist die neu ins Leben gerufene »Spotlight« – Initiative nennenswert. Die im Mai 2020 gestartete Initiative ist eine Kollaboration zwischen dem kirgisischen Ministerium für Arbeit und soziale Entwicklung und den Vereinten Nationen.

Mit der Initiative wurden weitere Schritte zugunsten einer besseren Prävention von häuslicher Gewalt und einer effizienteren strafrechtlichen Verfolgung von Tätern unternommen. Künftig sollen neben psychologischen, medizinischen und rechtlichem Beratungsstellen auch die finanziellen Hilfen für bereits existierende Krisenzentren und Präventionskampagnen aufgestockt werden. Zudem brachte die Initiative auch einen Leitfaden über die Schaffung von »Safe Spaces« heraus.

Diese »Safe Spaces« sollen als Alternativen zu den Krisenzentren, welche momentan keine Schutzsuchenden mehr aufnehmen können, dienen. Von Gewalt betroffene Frauen werden dabei, u. a. auch mithilfe von Spenden aus der Wirtschaft, in Mietwohnungen untergebracht, bis eine dauerhafte Unterkunft für sie gefunden wird. Außerdem wurden zur Koordinierung dieser Form der Unterbringung in sämtlichen Regionen des Landes temporäre Krisenzentren eröffnet.

Ab Juni 2020 erhielten die Krisenzentren zusätzliche internationale Unterstützung. Die United States Agency for International Development (USAID) förderte im Rahmen des Projektes »Jigerduu Jarandar« (»Aktive Gemeinschaften«) elf Krisenzentren im Land, um Opfer häuslicher Gewalt mit Unterkünften, Hygienematerialien und Nahrungsmittelpaketen, sowie finanziellen, psychologischen und rechtlichen Hilfsangeboten zu versorgen. Mittlerweile wurden die ersten Projekte dreier Krisenzentren in den Regionen Issyk Kul, Osh und Tschui abgeschlossen, im Rahmen derer 776 Einzelpersonen und 136 gefährdeten Haushalten geholfen werden konnte. Bis Dezember 2020 konnten alle elf Krisenzentren zusammen 1.580 Betroffenen helfen.

Unter den international geförderten Projekten stach besonders »Tatyktuu Zhashoo« hervor. Das von der unabhängigen Organisation »International Alert« unterstützte Projekt versucht innerhalb religiöser Gemeinden, über Möglichkeiten der Prävention von Gewalt gegenüber Frauen und Kindern aufzuklären. Dazu wurde im Dezember 2020 eine Schulung mit Vertreter:innen aller religiösen Gruppen des Landes veranstaltet. Religiöse Autoritäten sollen in ihren Gemeinden über das Verbot geschlechtsspezifischer Gewalt und Diskriminierung aufklären und einen Leitfaden erstellen, wie in den Gemeinden Beratungsangebote für die Opfer von innerfamiliärer Gewalt etabliert werden können. Gegenwärtig arbeitet das Projekt daran, den Interessen von Frauen und Kindern aus religiösen Gruppen durch Ausarbeitung eines Nationalen Aktionsplans 2021–2023 mehr Gehör zu verschaffen.

Vom 25. November bis 10. Dezember führte Kirgistan anlässlich des Internationalen Tags für die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen eine sechszehntägige Kampagne gegen die »Pandemie häuslicher Gewalt« durch, die sich aus unterschiedlichen Informationsveranstaltungen und symbolischen Aktionen zusammensetzte. Zum Beispiel wurde mit Unterstützung von USAID und der International Development Law Organization (IDLO) für Richter ein Online-Seminar zu geschlechtsspezifischen Verbrechen angeboten. Im Rahmen der Kampagne wurden für das Jahr 2021 zudem 40.000 US-Dollar des kirgisischen Staatshaushalts für den Aufbau staatlicher Krisenzentren bereitgestellt. Sie sollen innerhalb der nächsten zwei Jahre

in Bischkek entstehen. Auf Initiative des Bürgermeisterbüros werden momentan »mobile Eingreifgruppen« etabliert, die bei Vorfällen von geschlechtsspezifischer Gewalt in der Hauptstadt und ihren Vororten besonders schnell vor Ort sein sollen. Diese Gruppen setzen sich u. a. aus Sozialarbeiter:innen, Psycholog:innen und Vertreter:innen der jeweiligen Bezirksabteilungen für innere Angelegenheiten zusammen.

### Ausblick

Die Problematik der häuslichen Gewalt in Kirgistan hat sich im Zuge der Pandemie bzw. der mit ihr einhergehenden Ausgangsbeschränkungen rasant verschärft und im Laufe des Jahres 2020 einen Höchststand erreicht. Die Initiativen von Regierung, NGOs, Medien, Krisenzentren und das 2017 verabschiedete Gesetz verdeutlichen, dass der Kampf gegen häusliche Gewalt in Kirgistan an Fahrt aufgenommen hat. Trotz dieser Bemühungen sollte das ungebrochen hohe Ausmaß der häuslichen Gewalt in Kirgistan jedoch nicht verkannt werden.

Die Krisenzentren sind weiterhin die einzigen wirklich verlässlichen Hilfsangebote im Land, doch noch immer auf die Finanzierung durch verschiedene Organisationen angewiesen. Die Problematik familiärer Missbrauchsfälle hat für die Regierung noch immer keine hohe politische Priorität. Dies zeigt sich anhand der begrenzten Staatshaushaltsmittel, die für die Durchsetzung der entsprechenden Gesetze zur Verfügung gestellt werden und auch anhand der geringen Anzahl staatlicher Institutionen, die sich mit Geschlechterfragen befassen. Am 24. Februar 2021 wurde das landesweit erste staatliche Krisenzentrum in Bischkek eröffnet, weitere staatliche Zentren existieren noch nicht.

Offizielle Statistiken erscheinen lückenhaft, da sie größtenteils nur die polizeilich gemeldeten Fälle erfassen. Aus den vorliegenden Daten ergibt sich eine auffällige Verteilung, da die meisten Fälle häuslicher Gewalt in Bischkek gemeldet wurden, nicht jedoch in den ländlichen Regionen Kirgistans. Das scheint zunächst der Annahme zu widersprechen, dass Frauen auf dem Land stärker gefährdet sind. Hier könnte allerdings der Einfluss von Traditionen und religiösen Überzeugungen sowie die geringere Bildung eine Rolle spielen: Frauen auf dem Land sind zwar stärker von häuslicher Gewalt bedroht, wenden sich jedoch seltener an die Polizei. Aufgrund fehlender Aufklärung und einer weit verbreiteten Ignoranz innerhalb lokaler Polizeibehörden geht der Staat oftmals nur sehr ineffektiv gegen Fälle von häuslicher Gewalt im ländlichen Kontext vor.

Eine engere Zusammenarbeit von NGOs und staatlichen Institutionen könnte sich positiv auf den Kampf gegen häusliche Gewalt auswirken. Neben der Notwendigkeit, Geschlechterfragen politisch stärker zu berücksichtigen,

sichtigen, braucht es mehr Maßnahmen, um Gewalttaten zu verhindern und die Täter zur Verantwortung zu ziehen. Eine umfassende Strategie muss jedoch auch Maßnahmen beinhalten, welche die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen fördern, das Wissen über die eigenen Rechte erhöhen, zu einem Wandel proble-

matischer Verhaltensnormen beitragen und ein allgemein stärkeres Bewusstsein für die Rechte von Frauen schaffen.

*Aus dem Englischen von Armin Wolking*

#### Über die Autorin

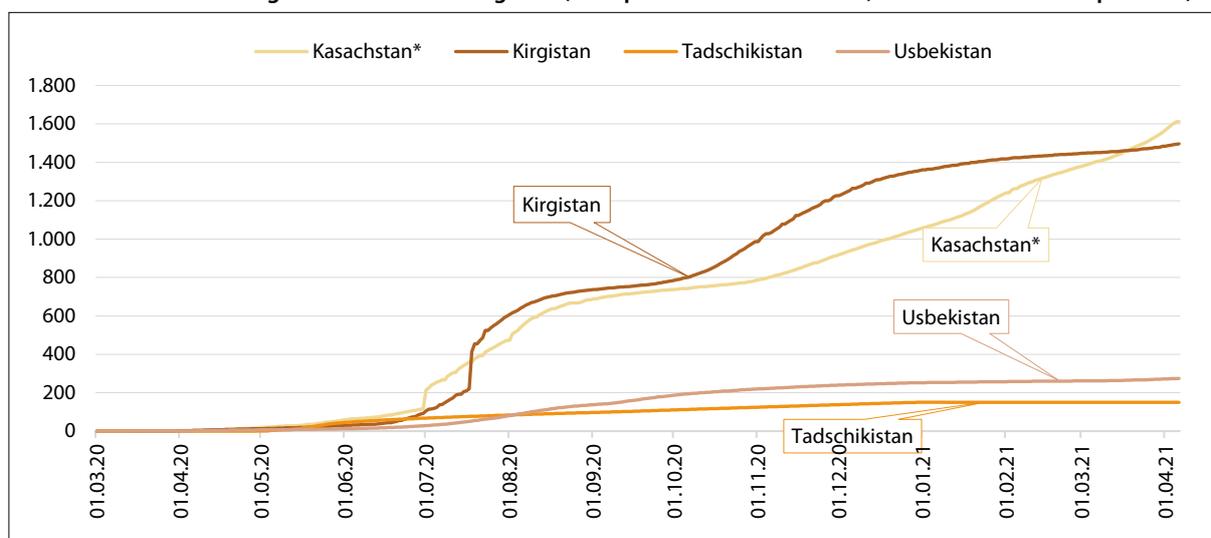
Asylai Akisheva ist Doktorandin an der Law School der Koç Universität in Istanbul. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen Fragestellungen zum Zusammenhang von Geschlecht und Gesetz sowie Frauenrechte in Zentralasien.

E-Mail: [aakisheva@ku.edu.tr](mailto:aakisheva@ku.edu.tr)

## STATISTIK

### Die Verbreitung von Covid-19 in Zentralasien (Stand: 06. April 2021)

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle pro 100.000 Einwohner, 01. März 2020 – 06. April 2021)



Bis zum 06.04.2021 lagen keine offiziellen oder bestätigten Meldungen über Fälle von Covid-19 in Turkmenistan vor.

\*Das Coronavirus Resource Center der Johns Hopkins University (JHU) gibt neuerdings nicht mehr die offiziell von der kasachstanischen Regierung veröffentlichte Gesamtzahl der Covid-19-Fälle wieder, sondern hat die wiedergegebenen Fallzahlen seit dem 02.08.2020 eigenständig revidiert. Auf welcher Datengrundlage diese Revision erfolgte ist nicht ersichtlich. Die von der JHU wiedergegebenen Gesamtfallzahl ist seit dem 02.08.2020 jeweils deutlich höher als die offizielle Gesamtfallzahl der kasachstanischen Regierung.

Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf den öffentlichen Angaben der jeweiligen Gesundheitsministerien. Der Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage der einzelnen Republiken wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität, Stand: 06.04.2021, 17:20 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; [https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse\\_covid\\_19\\_data/csse\\_covid\\_19\\_time\\_series/time\\_series\\_covid19\\_confirmed\\_global.csv](https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv); Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/>

Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fallzahl, 02. Februar – 06. April 2021)

Datum	Kasachstan*	Kirgistan	Tadschikistan	Usbekistan	Datum	Kasachstan*	Kirgistan	Tadschikistan	Usbekistan
02.02.21	237.029	84.646	13.308	78.801	06.03.21	267.657	86.506	13.308	80.125
03.02.21	239.726	84.832	13.308	78.859	07.03.21	268.327	86.550	13.308	80.176
04.02.21	240.983	84.920	13.308	78.916	08.03.21	268.902	86.583	13.308	80.219
05.02.21	240.983	84.920	13.308	78.989	09.03.21	269.599	86.640	13.308	80.247
06.02.21	243.404	84.992	13.308	79.045	10.03.21	270.399	86.640	13.308	80.268
07.02.21	244.428	85.071	13.308	79.098	11.03.21	271.363	86.755	13.308	80.392
08.02.21	245.351	85.113	13.308	79.162	12.03.21	272.365	86.818	13.308	80.392
09.02.21	246.474	85.171	13.308	79.204	13.03.21	273.469	86.818	13.308	80.481
10.02.21	247.533	85.253	13.308	79.237	14.03.21	274.541	86.850	13.308	80.567
11.02.21	248.566	85.328	13.308	79.303	15.03.21	275.502	86.917	13.308	80.678
12.02.21	249.562	85.398	13.308	79.340	16.03.21	276.663	87.045	13.308	80.743
13.02.21	250.399	85.441	13.308	79.381	17.03.21	277.906	87.143	13.308	80.858
14.02.21	251.267	85.475	13.308	79.416	18.03.21	279.220	87.143	13.308	80.971
15.02.21	251.959	85.516	13.308	79.442	19.03.21	280.576	87.239	13.308	81.095
16.02.21	252.821	85.564	13.308	79.461	20.03.21	281.798	87.389	13.308	81.339
17.02.21	253.751	85.689	13.308	79.497	21.03.21	283.027	87.389	13.308	81.339
18.02.21	254.712	85.689	13.308	79.548	22.03.21	284.138	87.462	13.308	81.446
19.02.21	255.584	85.831	13.308	79.598	23.03.21	285.241	87.652	13.308	81.678
20.02.21	256.388	85.831	13.308	79.632	24.03.21	286.352	87.758	13.308	81.678
21.02.21	257.100	85.929	13.308	79.654	25.03.21	287.473	87.758	13.308	81.816
22.02.21	257.800	85.929	13.308	79.681	26.03.21	289.102	87.858	13.308	81.960
23.02.21	258.609	86.001	13.308	79.717	27.03.21	290.792	87.946	13.308	82.146
24.02.21	259.478	86.025	13.308	79.749	28.03.21	292.306	88.092	13.308	82.340
25.02.21	260.384	86.091	13.308	79.773	29.03.21	293.761	88.163	13.308	82.536
26.02.21	261.244	86.142	13.308	79.804	30.03.21	295.506	88.276	13.308	82.682
27.02.21	262.093	86.185	13.308	79.836	31.03.21	297.472	88.538	13.308	82.869
28.02.21	262.715	86.251	13.308	79.926	01.04.21	299.626	88.538	13.308	83.050
01.03.21	263.396	86.308	13.308	79.926	02.04.21	301.818	88.700	13.308	83.239
02.03.21	264.178	86.356	13.308	79.961	03.04.21	303.922	88.842	13.308	83.435
03.03.21	265.028	86.410	13.308	80.035	04.04.21	305.860	89.014	13.308	83.623
04.03.21	265.929	86.410	13.308	80.035	05.04.21	307.676	89.153	13.308	83.802
05.03.21	266.803	86.451	13.308	80.081	06.04.21	307.676	89.277	13.308	83.935

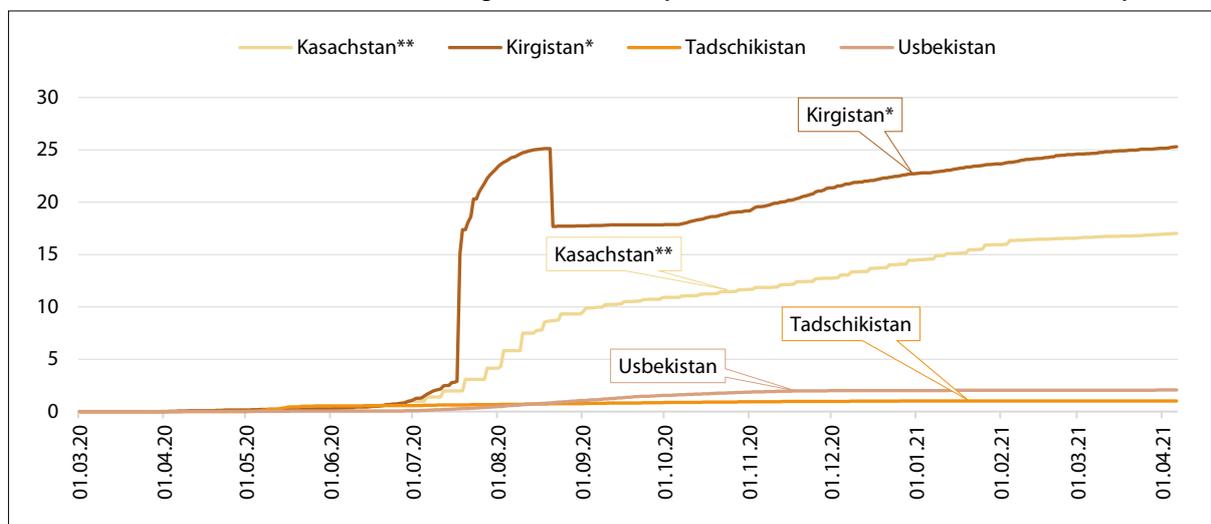
Bis zum 06.04.2021 lagen keine offiziellen oder bestätigten Meldungen über Fälle von Covid-19 in Turkmenistan vor.

\*Das Coronavirus Resource Center der Johns Hopkins University (JHU) gibt neuerdings nicht mehr die offiziell von der kasachstanischen Regierung veröffentlichte Gesamtzahl der Covid-19-Fälle wieder, sondern hat die wiedergegebenen Fallzahlen seit dem 02.08.2020 eigenständig revidiert. Auf welcher Datengrundlage diese Revision erfolgte ist nicht ersichtlich. Die von der JHU wiedergegebenen Gesamtfallzahl ist seit dem 02.08.2020 jeweils deutlich höher als die offizielle Gesamtfallzahl der kasachstanischen Regierung.

Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf den öffentlichen Angaben der jeweiligen Gesundheitsministerien. Der Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage der einzelnen Republiken wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Für die Zahlen vom 01.03.2020–01.02.2021 siehe Zentralasien-Analysen 140–145.

Quelle: Johns Hopkins Universität, Stand: 06.04.2021, 17:20 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; [https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse\\_covid\\_19\\_data/csse\\_covid\\_19\\_time\\_series/time\\_series\\_covid19\\_confirmed\\_global.csv](https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv)

**Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 01. März 2020 – 06. April 2021)**

\* Nach einer Revision der Covid-19-bedingten Todesfälle durch das Gesundheitsministerium Kirgistans wurde die Zahl am 18.08.2020 von 1.490 auf 1.053 korrigiert. U. a. wurden Todesfälle in Zusammenhang mit Herzinfarkten, Schlaganfällen und Nierenversagen, die nicht auf eine Covid-19-Erkrankung zurückgeführt werden konnten, aus der Statistik entfernt.

\*\* Das Coronavirus Resource Center der Johns Hopkins University (JHU) gibt neuerdings nicht mehr die offiziell von der kasachstanischen Regierung veröffentlichte Gesamtzahl der Covid-19-Todesfälle wieder, sondern hat die wiedergegebenen Todesfallzahlen seit dem 02.08.2020 eigenständig revidiert. Auf welcher Datengrundlage diese Revision erfolgte ist nicht ersichtlich. Die von der JHU wiedergegebenen Gesamtfallzahl ist seit dem 02.08.2020 jeweils deutlich höher als die offizielle Gesamtfallzahl der kasachstanischen Regierung.

Bis zum 06.04.2021 lagen keine offiziellen oder bestätigten Meldungen über Fälle von Covid-19 in Turkmenistan vor.

Die angegebenen Zahlen und Daten basieren auf den öffentlichen Angaben der jeweiligen Gesundheitsministerien. Der Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage der einzelnen Republiken wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität, Stand: 06.04.2021, 17:20 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; [https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse\\_covid\\_19\\_data/csse\\_covid\\_19\\_time\\_series/time\\_series\\_covid19\\_deaths\\_global.csv](https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv); Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/>

**Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Gesamtzahl der Todesfälle, 02. Februar – 06. April 2021)**

Datum	Kasachstan**	Kirgistan*	Tadschikistan	Usbekistan
02.02.21	3.047	1.414	90	621
03.02.21	3.048	1.418	90	621
04.02.21	3.119	1.420	90	621
05.02.21	3.119	1.420	90	621
06.02.21	3.119	1.423	90	621
07.02.21	3.124	1.426	90	621
08.02.21	3.124	1.431	90	621
09.02.21	3.127	1.433	90	621
10.02.21	3.131	1.436	90	621
11.02.21	3.132	1.437	90	622
12.02.21	3.135	1.439	90	622
13.02.21	3.135	1.441	90	622
14.02.21	3.140	1.442	90	622
15.02.21	3.142	1.442	90	622
16.02.21	3.144	1.444	90	622
17.02.21	3.144	1.447	90	622
18.02.21	3.145	1.447	90	622

Datum	Kasachstan**	Kirgistan*	Tadschikistan	Usbekistan
19.02.21	3.148	1.452	90	622
20.02.21	3.150	1.452	90	622
21.02.21	3.152	1.458	90	622
22.02.21	3.153	1.458	90	622
23.02.21	3.155	1.460	90	622
24.02.21	3.159	1.460	90	622
25.02.21	3.160	1.463	90	622
26.02.21	3.160	1.463	90	622
27.02.21	3.162	1.463	90	622
28.02.21	3.162	1.466	90	622
01.03.21	3.168	1.467	90	622
02.03.21	3.170	1.468	90	622
03.03.21	3.175	1.468	90	622
04.03.21	3.175	1.470	90	622
05.03.21	3.177	1.470	90	622
06.03.21	3.180	1.471	90	622
07.03.21	3.184	1.471	90	622

Fortsetzung auf der nächsten Seite

**Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Gesamtzahl der Todesfälle, 02. Februar – 06. April 2021)  
(Fortsetzung)**

Datum	Kasachstan**	Kirgistan*	Tadschikistan	Usbekistan
08.03.21	3.186	1.473	90	622
09.03.21	3.187	1.476	90	622
10.03.21	3.190	1.476	90	622
11.03.21	3.192	1.480	90	622
12.03.21	3.192	1.480	90	622
13.03.21	3.193	1.480	90	622
14.03.21	3.195	1.483	90	622
15.03.21	3.196	1.483	90	622
16.03.21	3.196	1.485	90	622
17.03.21	3.199	1.485	90	622
18.03.21	3.199	1.485	90	622
19.03.21	3.200	1.487	90	622
20.03.21	3.201	1.490	90	622
21.03.21	3.202	1.490	90	622
22.03.21	3.204	1.490	90	622

Datum	Kasachstan**	Kirgistan*	Tadschikistan	Usbekistan
23.03.21	3.207	1.492	90	623
24.03.21	3.209	1.494	90	623
25.03.21	3.212	1.494	90	624
26.03.21	3.217	1.494	90	624
27.03.21	3.220	1.495	90	625
28.03.21	3.222	1.495	90	626
29.03.21	3.224	1.497	90	626
30.03.21	3.228	1.498	90	628
31.03.21	3.232	1.500	90	629
01.04.21	3.234	1.500	90	630
02.04.21	3.236	1.500	90	630
03.04.21	3.240	1.502	90	630
04.04.21	3.242	1.506	90	631
05.04.21	3.249	1.507	90	631
06.04.21	3.249	1.509	90	632

\* Nach einer Revision der Covid-19-bedingten Todesfälle durch das Gesundheitsministerium Kirgistans wurde die Zahl am 18.08.2020 von 1.490 auf 1.053 korrigiert. U. a. wurden Todesfälle in Zusammenhang mit Herzinfarkten, Schlaganfällen und Nierenversagen, die nicht auf eine Covid-19-Erkrankung zurückgeführt werden konnten, aus der Statistik entfernt.

\*\* Das Coronavirus Resource Center der Johns Hopkins University (JHU) gibt neuerdings nicht mehr die offiziell von der kasachstanischen Regierung veröffentlichte Gesamtzahl der Covid-19-Todesfälle wieder, sondern hat die wiedergegebenen Todesfallzahlen seit dem 02.08.2020 eigenständig revidiert. Auf welcher Datengrundlage diese Revision erfolgte ist nicht ersichtlich. Die von der JHU wiedergegebenen Gesamtfallzahl ist seit dem 02.08.2020 jeweils deutlich höher als die offizielle Gesamtfallzahl der kasachstanischen Regierung.

Bis zum 06.04.2021 lagen keine offiziellen oder bestätigten Meldungen über Fälle von Covid-19 in Turkmenistan vor.

Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Für die Zahlen vom 26.03.2020–01.02.2021 siehe Zentralasien-Analysen 142–145.

Quelle: Johns Hopkins Universität, Stand: 06.04.2021, 17:20 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; [https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse\\_covid\\_19\\_data/csse\\_covid\\_19\\_time\\_series/time\\_series\\_covid19\\_deaths\\_global.csv](https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv)

**25. Januar –21. März 2021  
(einschließlich Covid-19-Chronik)  
Kasachstan**

25.1.2021	Im Bezirk Temir (Gebiet Aktobe) streiken 180 Ölarbeiter:innen für höhere Löhne.
25.1.2021	In Kokschetau (Gebiet Akmola) demonstrieren über 50 Personen unangemeldet gegen angeblich geplante Corona-Zwangsimpfungen sowie gegen einen Gesetzesentwurf, welcher einen besseren Schutz von Opfern häuslicher Gewalt vorsieht.
25.1.2021	Zwei in Almaty ansässige Menschenrechtsgruppen (»Kazakhstan International Bureau for Human Rights and Rule of Law (KMBPCh)« und »International Rights Initiative«) werden wegen »finanzieller Unregelmäßigkeiten« für drei Monate von der Steuerbehörde geschlossen und mit einer Geldstrafe in Höhe von umgerechnet 4.700 Euro belegt.
28.1.2021	Im aktuellen Korruptionswahrnehmungsindex 2020 von Transparency International nimmt Kasachstan den 94. von 180 Plätzen ein.
1.2.2021	Nach Angaben von Präsident Kasym-Dschomart Tokajew beginnen landesweite Massenimpfungen mit dem russischen Impfstoff »Sputnik V«.
4.2.2021	Sechs Menschenrechtsorganisationen, darunter »Echo«, melden die Aufhebung von Strafzahlungen durch die Steuerbehörde, welche diese zuvor gegen sie verhängt hatte.
5.2.2021	Premierminister Mamin nimmt in Almaty an der Sitzung des EAEU-Zwischenregierungsrates teil. Laut Mamin werde sich sein Land, das in diesem Jahr den EAEU-Vorsitz innehat, u. a. für den Abbau von Handelshemmnissen sowie für den Ausbau von grenzüberschreitenden Verkehrswegen einsetzen.
11.2.2021	Tengrinews meldet die Festnahme eines Richters des Obersten Gerichtshofes, welcher der Korruption verdächtigt wird.
12.2.2021	Das EU-Parlament verabschiedet eine Resolution, in der eine »alarmierende Verschlechterung« der Menschenrechtssituation in Kasachstan festgestellt wird. Die Resolution fordert u. a. die EU-Kommission auf, Möglichkeiten zur Verhängung gegen möglicherweise verantwortliche Personen zu prüfen.
13.2.2021	Die Stadtverwaltung von Almaty genehmigt eine Kundgebung anlässlich des Internationalen Frauentages am 8.3.2021.
22.2.2021	Nachdem am 19.2.2021 fünf Kinder bei einem Wohnungsbrand in Dschanatas (Gebiet Dschambly) ums Leben gekommen sind, demonstrieren mehrere Dutzend Frauen in Nur-Sultan vor der Regierungsparteizentrale (Nur-Oran-Partei) für bessere soziale Unterstützungsleistungen für arme Familien.
23.2.2021	Nach Angaben des russischen Energieministeriums hat Russland den Gastransit nach Kasachstan kurzfristig ausgesetzt, nachdem ein Teil der Sojus-Gaspipeline nahe der russischen Stadt Orenburg explodiert ist.
25.2.2021	Präsident Tokajew ordnet die Ausarbeitung eines Entwurfes für ein Gesetz an, das Ausländer:innen und ausländische Firmen von der Pacht und dem Erwerb kasachstanischer Agrarflächen ausschließen soll. 2016 kam es zu Massenprotesten gegen ein damals verabschiedetes Gesetz, das es ausländischen Staatsbürger:innen ermöglichen sollte, für bis zu 25 Jahre Agrarflächen vom Staat zu pachten. Der damalige Präsident Nasarbajew hat das Gesetz daraufhin mit einem Moratorium belegt, das Ende 2021 ausläuft.
25.2.2021	Das Energieministerium und USAID starten das 39 Mio. US-Dollar schwere Programm »USAID Power Central Asia«, welches u. a. die Energiekonnektivität in Zentralasien erhöhen soll.
28.2.2021	Unterstützer:innen der verbotenen bzw. nicht-registrierten Parteien »Demokratische Wahl Kasachstans (DCK)« und »Demokratische Partei« haben in mehreren Städten Kundgebungen unter dem Motto »Nasarbajew, geh weg!« mit Dutzenden Teilnehmer:innen abgehalten. Es gibt Berichte über Festnahmen, allein in Almaty mindestens 50 Personen, meldet der kasachstanische Dienst von RFE/RL.
2.3.2021	Präsident Tokajew empfängt seinen kirgisischen Amtskollegen Sadyr Dschaparow in Nur-Sultan zu Gesprächen. Tokajew sagt in einer gemeinsamen Erklärung u. a. weitere medizinische Hilfslieferungen sowie technische Unterstützung für die kirgisischen Streitkräfte zu. Im Anschluss an das Treffen wird Dschaparow ebenfalls vom Ersten Präsidenten, Nursultan Nasarbajew, zu Gesprächen empfangen.
3.3.2021	Im aktuellen von Freedom House erstellten Index »Freiheit in der Welt« stagniert Kasachstan bei 23 Punkten im Vergleich zum Vorjahr und bleibt damit in der Kategorie »nicht frei«.
4.3.2021	Präsident Tokajew nimmt am Online-Gipfeltreffen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO) teil. Tokajew betont die Rolle der ECO für die kasachstanische Außenpolitik und fordert mehr Anstrengungen bei der nachhaltigen Entwicklung von Infrastrukturprojekten.
5.3.2021	Vor dem Rathaus in Almaty demonstrieren mehrere Dutzend Frauen für eine bessere staatliche Unterstützung armer Familien.

8.3.2021	In Almaty demonstrieren mehrere Hundert Personen anlässlich des Internationalen Frauentages gegen geschlechtsspezifische Gewalt und für Lohnleichheit.
9.3.2021	Präsident Tokajew unterzeichnet ein Gesetz, welches Uranbergbauunternehmen u. a. dazu verpflichtet, Pläne zur Beseitigung der Folgeschäden ihrer Tätigkeiten vorzustellen. Kasachstan ist weltgrößter Uranproduzent.
9.3.2021	Laut Wirtschaftsministerium wurde der nationale Entwicklungsplan, der bis 2025 gelten soll, verabschiedet. Der Plan sieht u. a. eine Reihe von Maßnahmen zur wirtschaftlichen Regeneration nach der Covid-19-Pandemie vor.
10.3.2021	Präsident Tokajew empfängt den CSTO-Generalsekretär Stanislaw Zas in Nur-Sultan zu Fragen der Zusammenarbeit. Ein Agendapunkt ist u. a. die von Kasachstan geforderte Etablierung eines CSTO-Sonderbeauftragten für Fragen der Friedenssicherung.
10.3.2021	In Dschanaösen (Gebiet Mangistau) demonstrieren mehrere Angestellte von lokalen Gasförderunternehmen gegen steigende Flüssiggaspreise.
13.3.2021	In der Nähe von Almaty stürzt ein Flugzeug des Grenzschutzdienstes ab. Vier Personen werden getötet und zwei weitere schwer verletzt.

**Kirgistan**

25.1.2021	Das Parlament verabschiedet eine Gesetzesänderung, laut der Strafverfahren nicht mehr eingestellt werden, wenn Opfer von häuslicher Gewalt ihren Peinigern vergeben.
26.1.2021	Der ehemalige Premierminister Muchamedkaliy Abylgasijew wird wegen des Verdachtes auf Korruption und illegaler Bereicherung im Zusammenhang mit der Kumtor-Goldmine festgenommen. Abylgasijew war im Juni 2020 im Rahmen eines öffentlichen Korruptionsskandals zurückgetreten.
26.1.2021	Kursan Asanov, ehemaliger stellvertretender Innenminister und Präsidentschaftskandidat, wird festgenommen. Asanov wird die illegale Besetzung des Innenministeriums während der Unruhen im Oktober 2020 vorgeworfen. Damals hatte er sich selbst zum neuen Innenminister ernannt.
28.1.2021	Sadyr Dschaparow wird in der Nationalphilharmonie von Bischkek als sechster Präsident Kirgistans vereidigt. An der Zeremonie nimmt u. a. der EU-Sonderbeauftragte für Zentralasien, Peter Burian, teil. Das Präsidialbüro wird vom Weißen Haus ins Haus der Regierung verlegt.
28.1.2021	Im aktuellen Korruptionswahrnehmungsindex 2020 von Transparency International nimmt Kirgistan den 124. von 180 Plätzen ein.
30.1.2021	Präsident Dschaparow erlässt ein Dekret, laut dem u. a. Personen, die zuvor in Korruptionsfälle verwickelt waren, von der Ernennung zu Positionen im Staatsdienst ausgeschlossen werden. Künftig sollen »besonders talentierte junge Personen« mit »professionellen und moralischen Qualitäten« rekrutiert werden, »unabhängig von Geschlecht, Ethnizität und Muttersprache«.
30.1.2021	Präsident Dschaparow erlässt ein Dekret, welches ausländischen Firmen die Entwicklung von Bergbauprojekten im Land verbietet. Laufende Bergbaukonzessionen sind von dem Dekret explizit ausgenommen.
30.1.2021	Präsident Dschaparow verordnet eine Ausweitung der »bürgerlich-patriotischen Erziehung der jungen Generation«.
1.2.2021	Präsident Dschaparow ordnet die Wiederetablierung des Verteidigungsministeriums an, wofür das Staatliche Verteidigungskomitee und der Armeegeneralstab zusammengelegt werden. Nachdem das Ministerium 2014 abgeschafft wurde, fungierte der Armeegeneralstab seitdem als höchstes Gesamtführungsgremium aller Teilstreitkräfte.
2.2.2021	Nach Angaben des kommissarischen Gesundheitsministers Alymkadyr Beischenalijew erhält Kirgistan im Rahmen des WHO-Programmes »COVAX« 504.000 Dosen des Impfstoffes »AstraZeneca«.
3.2.2021	Die neue Regierung und Premierminister Ulukbek Maripow werden vom Parlament bestätigt. Die Zahl der Exekutivkörperschaften wird von 22 auf 16 reduziert, u. a. wird das Finanz- mit dem Wirtschaftsministerium fusioniert. Nach Angaben von Präsident Dschaparow werden hierdurch Haushaltsmittel in Höhe von zwei Mrd. Som (ca. 23,5 Mio. US-Dollar) eingespart.
5.2.2021	Premierminister Maripow nimmt an der Sitzung des EAEU-Zwischenregierungsrates in Almaty teil. Am Rande der Konferenz führt er Gespräche mit seinen Amtskollegen aus Belarus, Russland, Usbekistan sowie Armenien.
5.2.2021	Der Oberste Gerichtshof hebt die Verurteilung von Raikul Dschaparowa (zehn Jahre Haft) auf. Die Schwester von Präsident Dschaparow war 2015 wegen illegaler Übernahme der Investmentbank »Issyk Kul« verurteilt worden und befindet sich seitdem auf der Flucht. Zuletzt hatte sie politisches Asyl in Polen beantragt.
8.2.2021	Balbak Tulobajew tritt von seinem Amt als kommissarischer Bürgermeister von Bischkek zurück, woraufhin Premierminister Maripow Ermek Nurgasijew zum neuen kommissarischen Bürgermeister von Bischkek ernannt.
9.2.2021	Das Parlament veröffentlicht auf seiner Website einen überarbeiteten neuen Verfassungsentwurf. In diesem ist ein präsidentielles Regierungssystem mit weitreichenden Vetorechten für den Präsidenten vorgesehen. Fortan wird das Wort Regierung durch »Ministerkabinett« ersetzt, der Premierminister wird als »Ministerkabinettsvorsitzender« bezeichnet. Das Parlament wird von 120 auf 90 Abgeordnete verkleinert.
8.2.2021	Nach Kritik an seiner Person wird der kommissarische Bürgermeister Bischkeks, Ermek Nurgasijew, einen Tag nach seiner Ernennung entlassen. Kurz zuvor bezeichnete Präsident Dschaparow seine Ernennung als Fehler.
10.2.2021	Der ehemalige Gouverneur des Gebietes Tschui, Bakytbek Kudajbergenow, wird zum neuen kommissarischen Bürgermeister von Bischkek ernannt.
10.2.2021	Nach der Aufdeckung eines Korruptionsschemas innerhalb der Spirituellen Verwaltung der Muslime Kirgistans (SDMK) tritt der Mufti von Kirgistan, Maksatbek Toktomuschew, von seinem Posten zurück, GNKB-Beamte nehmen ihn kurz darauf fest. Die Führung der SDMK soll systematisch Gelder von Gläubigen veruntreut haben, welche für Pilgerreisen bestimmt waren.

11.2.2021	Der ehemalige stellvertretende Leiter des staatlichen Zolldienstes, Rajimbek Matraimow, bekennt sich vor einem Gericht in Bischkek wegen Korruptionsvergehen während seiner Amtstätigkeit für schuldig. Das Gericht verständigt sich mit Matraimow auf eine Strafzahlung von 260.000 Som (ca. 3.000 US-Dollar), woraufhin seine eingefrorenen Konten und beschlagnahmten Immobilien wieder freigegeben wurden. Den vom GKNB ermittelten Haushaltsschaden in Höhe von zwei Mrd. Som (ca. 25 Mio. US-Dollar) hat Matraimow bereits im Dezember 2020 beglichen.
18.2.2021	Der ehemalige stellvertretende Leiter des staatlichen Zolldienstes, Matraimow, wird wegen des Verdachtes auf Geldwäscherei erneut festgenommen. Via Twitter begrüßt die US-Botschaft seine Festnahme.
23.2.2021	Das Gesundheitsministerium erteilt dem russischen Impfstoff »Sputnik V« die Zulassung.
24.2.2021	Präsident Dschaparow trifft im Rahmen seiner ersten Auslandsreise seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin zu Gesprächen in Moskau. Ein Agendapunkt des Treffens ist die Frage nach der weiteren Vertiefung der multilateralen Integration durch die Organisationen GUS, EAEU, CSTO und SCO. Beide Seiten beabsichtigten u. a. eine Stärkung der strategischen Partnerschaft. Putin äußerte seine Hoffnung zur baldigen Beendigung der politischen Krise in Kirgistan und bezeichnete die russisch-kirgisischen Beziehungen als »eng und privilegiert«. Gemeinsam unterzeichnen sie ein Übereinkommen, was die Bereitstellung russischer Gelder in Höhe von acht Mio. US-Dollar für den Kampf gegen Schmuggel in Kirgistan vorsieht.
25.2.2021	Nach Recherchen des OCCPR hat Matraimow ca. ein Drittel des von ihm verursachten Haushaltsschadens (ca. 25 Mio. US-Dollar) durch den Verkauf von Immobilien beglichen. Demnach habe er keine seiner Luxusimmobilien, sondern stattdessen ein altes Einkaufszentrum sowie sanierungsbedürftige Wohnungen aus der Sowjetzeit an den Staat überschrieben.
26.2.2021	Verteidigungsminister Taalajbek Omuralijew wird in Moskau von seinem russischen Amtskollegen Sergej Schoigu empfangen. Nach Gesprächen über Fragen der bilateralen militärischen Zusammenarbeit einigen sich beide Seiten u. a. auf ein strategisches Partnerschaftsprogramm in Verteidigungsfragen für den Zeitraum 2021–2025. Das Programm sieht die Stationierung russischer Drohnen und Flugabwehrraketen im russischen Luftwaffenstützpunkt Kant (Gebiet Tschui) vor. Hierdurch würden nach Angaben der kirgisischen Präsidentschaft die Sicherheit Kirgistans sowie der EAEU- und CSTO-Außengrenzen erhöht.
27.2.2021	Präsident Dschaparow empfängt den usbekischen Außenminister Abdulasis Kamilow in Bischkek zu Gesprächen. Beide Seiten bringen ihr Interesse an einer Vertiefung der als freundschaftlich und gutnachbarschaftlich bezeichneten Beziehungen zum Ausdruck.
2.3.2021	Präsident Dschaparow wird in Nur-Sultan von seinem kasachstanischen Amtskollegen Kasym-Dschomart Tokajew zu Gesprächen empfangen. Tokajew sagt in einer gemeinsamen Erklärung u. a. weitere medizinische Hilfslieferungen sowie technische Unterstützung für die kirgisischen Streitkräfte zu. Im Anschluss an das Treffen wird Dschaparow ebenfalls vom Ersten Präsidenten Kasachstans, Nursultan Nasarbajew, empfangen.
2.3.2021	Der mutmaßliche Schwermörder Kamtschi Kolbajew wird unter der Auflage, seine Heimatstadt Tscholpon-Ata (Gebiet Issyk-Kul) nicht zu verlassen, aus der Untersuchungshaft entlassen. Kolbajew wird nachgesagt, eine der führenden Persönlichkeiten im transnationalen Menschen-, Drogen- und Waffenschmuggel zu sein. US-Botschafter Donald Lu zeigt sich »sehr besorgt« über die Freilassung.
3.3.2021	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, wonach am 11.4.2021 per Referendum über die Annahme der neuen Verfassung abgestimmt werden soll. Am selben Tag finden Lokalwahlen statt.
3.3.2021	Nachdem der Ölpreis auf dem kirgisischen Binnenmarkt zuletzt stark schwankte, verhängt Premierminister Maripow ein Verbot für die Ausfuhr von Erdöl und Erdölprodukten in Nicht-EAEU-Staaten.
3.3.2021	Im aktuellen von Freedom House erstellten Index »Freiheit in der Welt« verliert Kirgistan 11 Punkte und fällt damit von der Kategorie »teilweise frei« in die Kategorie »nicht frei«. Laut Freedom House ist der veränderte Status vor allem das Resultat der »zutiefst defizitären, von politischer Gewalt und Einschüchterung geprägten Parlamentswahl im Oktober 2020«, die in der »regelwidrigen Machtübernahme eines nationalistischen Führers und verurteilten Kriminellen endete.«
4.3.2021	Präsident Dschaparow nimmt am Online-Gipfeltreffen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO) teil. Hauptaugenmerk der Gespräche sind die gemeinsamen Anstrengungen gegen Covid-19 und die Erhöhung des Transport- und Transitpotenzials in der Region, entsprechend des 2017 verabschiedeten Aktionsplans »ECO Vision 2025«.
5.3.2021	Per Dekret löst Premierminister Maripow den Staatsdienst zur Wirtschaftsbekämpfung (GSBEP) auf. Der GSBEP habe bei seiner Aufgabe, die Wirtschaftskriminalität im Land zu bekämpfen, versagt, so Maripow.

8.3.2021	Anlässlich des internationalen Frauentages demonstrieren in Bischkek ca. 400 Personen u. a. gegen geschlechtsspezifische Gewalt und für die Gewährleistung von Frauenrechten. In Osch findet eine Demonstration mit ca. 50 Teilnehmer:innen statt.
10.3.2021	Präsident Dschaparow empfängt den türkischen Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu in Bischkek zu Gesprächen. Beim Treffen bringt Dschaparow das Ziel zum Ausdruck, den bilateralen Handel auf eine Mrd. US-Dollar zu steigern und bedankt sich bei der türkischen Seite für die Unterstützung während der Pandemie.
11.3.2021	Das Parlament verabschiedet auch in zweiter und dritter Lesung das Gesetz, laut dem am 11.4.2021 per Referendum über die Annahme des neuen Verfassungsentwurfes abgestimmt werden soll. Es fand keine Debatte statt. Ein Abgeordneter gibt später gegenüber Journalist:innen an, dass die Abgeordneten im Vorfeld massiv unter Druck gesetzt wurden, für das Gesetz abzustimmen.
11.3.2021	Präsident Dschaparow wird in Taschkent von seinem usbekischen Amtskollegen Schawkat Mirsijojew zu Gesprächen empfangen. Beide Seiten stimmten überein, die bilaterale Kooperation in sämtlichen Bereichen zu vertiefen. Neben gemeinsamen Projekten im Gesamtwert von 550 Mio. US-Dollar einigten sich beide Seiten auf die Demarkation der gemeinsamen Grenze innerhalb der nächsten drei Monate. Zudem soll die usbekische Exklave Soch per Land- und Luftweg an den Rest Usbekistans angeschlossen werden.
16.3.2021	Kirgistan repatriiert zum ersten Mal 79 Kinder kirgisischer Staatsbürger:innen, die sich terroristischen Vereinigungen angeschlossen haben, aus dem Irak.

## Tadschikistan

25.1.2021	Rustam Emomali, Sohn von Präsident Emomali Rachmon, Bürgermeister von Duschanbe sowie Sprecher des Senats, stellt in einer Rede mehrere Forderungen an Generalstaatsanwalt Yusuf Rahmon. Emomali fordert die Beendigung von Foltermaßnahmen gegen Häftlinge, die Gewährleistung der Informationsfreiheit und ein entschlossenes Vorgehen gegen Jugendkriminalität und religiösen Extremismus.
25.1.2021	Tadschikistan erhält militärische Ausrüstungen aus Kasachstan. Hintergrund ist ein Abkommen aus dem Jahr 1999, welches die jährlichen kasachstanischen Hilfslieferungen an Tadschikistan regelt.
26.1.2021	In seiner jährlichen Rede an das Parlament stellt Präsident Rachmon fest, dass es prinzipiell genügend Strom im Land gäbe. Jedoch käme es innerhalb des Stromnetzes zu »enormen Verlusten«, welche derzeit untersucht würden. Asia-Plus berichtet in diesem Zusammenhang, dass derzeit lediglich mehrstöckige Gebäude durchgehend Strom erhielten. Zudem würden ländliche Gebiete nachts zwischen 23 und 6 Uhr nicht mit Strom versorgt werden.
26.1.2021	In seiner jährlichen Rede an das Parlament zeigt sich Präsident Rachmon zuversichtlich, dass Tadschikistan frei von Covid-19 sei und forderte die Bürger:innen auf, sich dennoch weiterhin an die allgemeinen Hygieneregeln zu halten.
26.1.2021	Das Oberlandesgericht Düsseldorf verurteilt einen 31-jährigen IS-Unterstützer mit tadschikischer Staatsangehörigkeit zu sieben Jahren Haft. Laut Recherchen des SPIEGEL soll Ravsan B. Anführer einer achtköpfigen Terrorzelle gewesen sein. Diese plante Anschläge u. a. auf einen islamkritischen Vlogger in Neuss (NRW) und auf US-Militäreinrichtungen in Deutschland. B. habe zudem Kontakte zu hochrangigen IS-Kämpfern in Syrien unterhalten.
28.1.2021	Der stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Tadschikistans (SDPT), Machmurod Odinajew, wird wegen »Rowdytum« und »öffentlicher Aufrufe zur Durchführung extremistischer Aktivitäten« zu 14 Jahren Haft verurteilt.
28.1.2021	Im aktuellen Korruptionswahrnehmungsindex 2020 von Transparency International nimmt Tadschikistan den 149. von 180 Plätzen ein.
29.1.2021	Präsident Rachmon unterzeichnet ein Gesetz, welches Militärrekruten erlaubt, ihren Dienst auf einen Monat zu verkürzen. Voraussetzung sei die Zahlung einer Gebühr, die noch festgelegt wird.
1.2.2021	Laut einer aktuellen Studie der Weltbank verzeichnet Tadschikistan aufgrund von Naturkatastrophen jährliche Wirtschaftseinbußen in Höhe von 400 Mio. US-Dollar.
3.2.2021	Verkehrsminister Azim Ibrohim äußert sich auf einer Pressekonferenz zur geplanten Bahntrasse zwischen Tadschikistan, Afghanistan und Turkmenistan. Ibrohim zufolge gibt es hinsichtlich der Projektrealisierung auf tadschikischer Seite Finanzierungsprobleme.
6.2.2021	Das russische Verteidigungsministerium übergibt im Rahmen einer offiziellen Zeremonie in Duschanbe Ausrüstungsgegenstände an die tadschikischen Streitkräfte.
12.2.2021	Eschoni Sirodschiddin, prominenter tadschikischer Geistlicher, wird wegen »Teilnahme und Unterstützung« der »Salafia-Bewegung« zu über fünf Jahren Haft verurteilt, meldet Asia-Plus.
12.2.2021	Gesundheitsminister Jamoliddin Abdullozoda gibt auf einer Pressekonferenz Einschätzungen zu den Ursachen für die Zurückdrängung des Coronavirus im Land. Ihm zufolge seien nach Quarantäneaufhebung die Bürger:innen von Industrienationen auf die Straße gegangen und hätten somit das Virus weiterverbreitet. In Tadschikistan hingegen hätten Ärzte durch Hausbesuche die durchgehende häusliche Isolation ermöglicht, so Abdullozoda.
15.2.2021	Nach der Verurteilung von Ravsan B. vor dem OLG Düsseldorf (siehe Meldung vom 26.1.2021) werden fünf weitere Mitglieder der von ihm angeführten Terrorgruppe angeklagt.
15.2.2021	Saimumin Jatimow, Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Nationale Sicherheit (GKNB), trifft in Kabul Abdullah Abdullah, Vorsitzender des Obersten Rates für die Nationale Versöhnung Afghanistans. Laut Facebook-Post von Abdullah wurden bei dem Gespräch u. a. die jüngsten Entwicklungen im Zuge der Dohaer Friedensgespräche besprochen.
15.2.2021	Außenminister Sirodschiddin Muchriddin bestreitet gegenüber Journalist:innen angebliche Treffen oder Verhandlungen mit der afghanischen Taliban-Bewegung und betont die Legitimität der afghanischen Regierung. Muchriddin beklagt außerdem die zunehmende Verschlechterung der Sicherheitslage in den an Tadschikistan angrenzenden Regionen Afghanistans.
16.2.2021	Sadi Kodirzoda, Vorsitzender des staatlichen Ausschusses für Investitionen und staatliche Immobilienverwaltung, stellt für 2020 einen Rückgang ausländischer Direktinvestitionen in Höhe von 53 % fest. Direktinvestitionen stammten im Jahr 2020 hauptsächlich aus China (150 Mio. US-Dollar), Saudi-Arabien (39 Mio. US-Dollar) und den Philippinen (38 Mio. US-Dollar).

16.2.2021	Asia-Plus meldet, dass die finanzielle Schieflage einiger tadschikischer Banken seit vier Jahren anhält und diese ihren Einlegern insgesamt mehr als eine Mrd. Somoni (etwa 74 Mio. Euro) schulden.
18.2.2021	Das Steuerkomitee fordert Blogger im Land auf, sich bis zum 1.4.2021 zu registrieren, um Steuerabgaben auf ihre Einkünfte in sozialen Medien zu verrichten.
18.2.2021	Präsident Rachmon empfängt Stanislaw Zas, Generalsekretär der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (CSTO) in Duschanbe. Beide Seiten diskutierten die regionale Sicherheit, insbesondere im Hinblick auf die lokale Situation in der Grenzregion zu Afghanistan.
19.2.2021	Präsident Rachmon empfängt den usbekischen Außenminister Abdulasis Kamilow in Duschanbe. Kamilow und Rachmon beraten über die bilateralen Beziehungen, insbesondere über die regionale Sicherheit als Hauptbedingung für die soziopolitische Stabilität Zentralasiens.
23.2.2021	Präsident Rachmon empfängt den iranischen Innenminister Adurrizo Rahmoni in Duschanbe. Bei den Gesprächen werden 160 Dokumente zur bilateralen Zusammenarbeit unterzeichnet. Insbesondere in Sicherheitsfragen wollen beide Staaten künftig enger kooperieren.
26.2.2021	Im globalen Vergleich von mobilen Internetgeschwindigkeiten rangiert Tadschikistan laut »Speedtest Global Index« auf Platz 129 von 140.
26.2.2021	Geimpften Ausländer:innen ist die Einreise ins Land ab sofort auch ohne PCR-Test erlaubt.
26.2.2021	Laut Agentur für Statistik unter dem Präsidenten der Republik exportierte das Land im Januar Strom im Wert von vier Mio. US-Dollar an Afghanistan. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Steigerung von 20 %.
27.2.2021	Asia-Plus berichtet von Lebensmittelpreissteigerungen. Im Januar seien u. a. Tomaten, Kartoffeln und Kohl zwischen 11,9 und 18,6 % teurer gewesen als im Januar 2020.
1.3.2021	Präsident Rachmon empfängt Mirrahmon Rahmoni, Sprecher des afghanischen Parlaments, zu Gesprächen in Duschanbe. Bei dem Gespräch betont Rachmon u. a. die Notwendigkeit, wirksame Wege für einen dauerhaften Frieden und Stabilität in Afghanistan zu finden.
1.3.2021	Schaichmuslichiddin Rizojew, Sohn des verurteilten SDPT-Politikers Mahmurod Odinajew, wird in Hissar (Der Republik unterstellte Bezirke, RSS) wegen »Rowdytums« sowie versuchter Vergewaltigung zu sechs Jahren Haft verurteilt.
2.3.2021	40 % der humanitären Hilfsleistungen an Tadschikistan stammten im Monat Januar aus China, womit das Land die Liste der Zuwendungsgeber anführt, meldet Asia-Plus.
2.3.2021	Präsident Rachmon führt ein Telefonat mit seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping, worin er »die enormen Erfolge Chinas in vielen Lebensbereichen« sowie die »deutliche Stärkung seiner (Xis) Autorität auf internationaler Ebene« betont. Zudem bedankt sich Rachmon für die geplante kostenlose Bereitstellung eines chinesischen Impfstoffes für Tadschikistan.
3.3.2021	Google und Facebook (2.3.2021) registrieren sich beim tadschikischen Steuerausschuss, meldet Asia-Plus. Hintergrund ist vermutlich eine Gesetzesänderung vom 16.1.2021, wonach die Besteuerung von Online-Diensten im Land vorgesehen ist.
3.3.2021	Nach Angaben des Statistikkomitees der Republik hat Tadschikistan 9.504.000 Einwohner:innen (Stand: 1.1.2021).
4.3.2021	Präsident Rachmon nimmt am Online-Gipfeltreffen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO) teil. Bei dem Treffen fordert Rachmon die ECO auf, die Zusammenarbeit im Kampf gegen Infektionskrankheiten zu verstärken.
6.3.2021	Im Bezirk Schamsiddin Schochin (vormals Schurobod, Gebiet Chatlon) werden angesichts der volatilen Sicherheitslage in Afghanistan – in Absprache mit dem Innenministerium – lokale Jäger in den Grenzschutz miteinbezogen. Gegenüber Medienvertreter:innen gibt der Bezirksvorsitzende Pochochon Zarifzoda bekannt, dass rekrutierte Jäger, falls notwendig, hierfür zusätzliche Waffen erhalten.
9.3.2021	192.000 Impfstoffdosen des Herstellers AstraZeneca erreichen den Flughafen von Duschanbe. Bei der Ankunft des Cargofluges empfing u. a. auch Marilyn Yosefson, Botschafterin der Europäischen Union, die Lieferung und unterstrich die Relevanz des COVAX-Mechanismus. Hierüber erhält Tadschikistan voraussichtlich bis Mai 2021 insgesamt 624.000 Impfstoffdosen.
9.3.2021	Das republikanische Hauptquartier weist das Ministerium für Gesundheit und sozialen Schutz der Bevölkerung an, mit den Vorbereitungen für die Impfung der Bevölkerung zu beginnen.

12.3.2021	Der tadschikische Dienst von RFE/RL meldet die Festnahme eines 28-jährigen Imams in einer der größten Moscheen Kulobs. Hintergrund der Festnahme seien mutmaßliche Verbindungen des Geistlichen zur verbotenen Islamischen Wiedergeburtspartei (IRPT) sowie zur religiösen Oppositionswebsite »Isloh«.
16.3.2021	Eine Delegation der russischen Aufsichtsbehörde für Verbraucher- und Gesundheitsschutz (Rospotrebnadzor) trifft in Duschanbe ein. Ziel des Besuchs sei u. a. die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der Behörde und dem tadschikischen Gesundheitsministerium, gibt die russische Botschaft in Duschanbe bekannt.
16.3.2021	Tadschikistan erhöht zwischen Januar und März seine Stromexporte. Diese belaufen sich nun auf einen Wert von sieben Mio. US-Dollar, was einer Erhöhung von 90,2% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entspricht.
16.3.2021	Es werden landesweit massive Preissteigerungen von Flüssiggas an Tankstellen gemeldet. Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet über die Einstellung von kasachstanischen Gasexporten seit Januar. Hintergrund der Einstellung könnten Stromausfälle in der kasachstanischen Atyrau-Raffinerie sein, woraufhin lokale kasachstanische Behörden den Export stoppten. 90% des Flüssiggases in Tadschikistan stammen aus Kasachstan.
16.3.2021	In Chorog (Autonomes Gebiet Berg-Badachschan (VMKB/GBAO)) beschweren sich Lehrer:innen über ständige Unterrichtskontrollen durch die Staatsanwaltschaft. Die Staatsanwaltschaft des Autonomen Gebietes gibt an, lediglich die Anforderungen des Bildungsgesetzes in den Schulen zu überwachen.
17.3.2021	In Guliston (Gebiet Sughd) finden seit dem Vortag Verhandlungen über Grenzfragen mit der kirgisischen Seite statt. Beide Staaten verhandeln regelmäßig über Grenzverläufe sowie Grenzmarkierungen. 504 von insgesamt 976 km gemeinsamer Grenze konnten so bislang markiert werden.
18.3.2021	Die russische Zentralbank stellt einen Rückgang des Überweisungsvolumens von Transaktionen nach Tadschikistan fest. Demnach sanken diese im Jahr 2020 um 32,4%.
18.3.2021	Präsident Rachmon nimmt an einer UN-Onlinesitzung zur Agenda 2030 für Wasserfragen teil und verweist auf die bisherige Initiative Tadschikistans bei wasserbezogenen Problematiken. In seiner Rede forderte Rachmon die Beschleunigung der bisherigen Maßnahmen.

## **Turkmenistan**

26.1.2021	Außenminister Raschid Meredow und sein belarussischer Amtskollege Wladimir Makej führen Online-Gespräche zu Zusammenarbeitsfragen u. a. im Rahmen der GUS. Anschließend unterzeichnen beide Seiten ein Programm über die bilaterale Kooperation der beiden Außenministerien für den Zeitraum 2021–2022.
26.1.2021	Nationale Wahlbeobachter sind aufgerufen sich zu registrieren, um die Wahl zur oberen Parlamentskammer am 28.3.2021 zu beobachten.
27.1.2021	Fünf Zeugen Jehovas zwischen 20 und 23 Jahren, welche den Wehrdienst verweigerten, wurden am 18. und 19.1.2021 zu zwei Jahren Haft verurteilt. Dies meldet die norwegische Menschenrechtsorganisation »Forum 18«.
28.1.2021	Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow weist den Minister für Gesundheit und medizinische Industrie, Nurmuhamet Amanepesow, an, »alle Maßnahmen« zu ergreifen, »um das Eindringen von ansteckenden Infektionskrankheiten ins Land zu verhindern«. Ausländer:innen, die nach Turkmenistan einreisen, müssen demnach ein Zertifikat über eine Impfung gegen Covid-19 vorlegen.
28.1.2021	Nach Angaben von TDH fand ein Online-Gespräch zwischen Vertreter:innen des Finanzministeriums und des IWF statt. Demnach haben sich die IWF-Vertreter:innen für die konstruktive Interaktion bedankt und die weitere Unterstützung für die »soziale und auf Wohlstand des Landes abzielende Politik« von Präsident Berdymuchammedow versichert. Weitere Angaben werden nicht gemacht.
28.1.2021	Im aktuellen Korruptionswahrnehmungsindex 2020 von Transparency International nimmt Turkmenistan den 165. von 180 Plätzen ein und ist demnach der korrupteste Staat Zentralasiens.
29.1.2021	Nach Angaben von TDH wurde der russische Covid-19-Impfstoff »EpiVakKorona« vom Gesundheitsministerium zur Nutzung zugelassen. »Sputnik V« ist bereits zugelassen worden.
30.1.2021	Sowohl Turkmen Airlines als auch Turkmen Railways setzen ihren Betrieb bis Ende Februar aus.
1.2.2021	Außenminister Meredow trifft online seinen omanischen Amtskollegen Sayyid Badr zu Gesprächen. Beide betonen die Bedeutung ihrer Kooperation, u. a. durch den 2014 im sog. Aschgabat-Abkommen vereinbarten Verkehrskorridor Usbekistan – Turkmenistan – Iran – Oman.
2.2.2021	Außenminister Meredow schließt im Rahmen seines Besuchs in den VAE mehrere Verträge mit dem emiratischen Abu Dhabi Fund for Development (ADFD) ab. Darin sind Investitionen in unterschiedliche Bereiche der turkmenischen Wirtschaft vorgesehen (Mindestgesamtwert: 275 Mio. US-Dollar).
6.2.2021	Außenminister Meredow empfängt den Mitbegründer und stellvertretenden Führer der afghanischen Taliban-Bewegung, Abdul Ghani Barodar, in Aschgabat zu einem Gespräch über die Rolle der beiden Akteure für die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans. Nach Angaben des turkmenischen Außenministeriums habe Barodar der turkmenischen Seite die »volle Unterstützung für die Umsetzung und Sicherheit des TAPI-Projektes (Turkmenistan–Afghanistan–Pakistan–Indien-Gaspipeline) und anderer Infrastrukturprojekte« in Afghanistan zugesichert.
8.2.2021	Präsident Berdymuchammedow spricht eine scharfe Rüge gegen Kulturminister Atageldi Schamyradow aus. Dieser habe zu wenige Theateraufführungen aufführen lassen, die den »Erfolg des Landes« und das »Glück seiner Bevölkerung« zeigen.
8.2.2021	Auf Anweisung von Präsident Berdymuchammedow senkt die staatliche Turkmentelekom, der einzige Internetanbieter im Land, die Preise für Internetdatenverkehr um 33 %.
12.2.2021	Präsident Berdymuchammedow ernennt seinen Sohn und bisherigen Bau- und Industrieminister Serdar Berdymuchammedow zum stellvertretenden Ministerkabinettsvorsitzenden (und damit zu seinem eigenen Stellvertreter, da der Präsident der Ministerkabinettsvorsitzende ist). S. Berdymuchammedow wird ab sofort ebenfalls der Obersten Kontrollkammer vorsitzen und Teil des Nationalen Sicherheitsrates sein. Bajmyrat Annamammedow, der das Amt vorher stellvertretend innehatte, wird neuer Bau- und Industrieminister.
15.2.2021	Laut dem russischen Außenministerium haben Außenminister Meredow und sein russischer Amtskollege Sergej Lawrow ein Übereinkommen über die Nicht-Erstplatzierung von Waffen im Weltraum unterzeichnet.
17.2.2021	Präsident Berdymuchammedow und Außenminister Meredow empfangen den usbekischen Außenminister Abdulsis Kamilow in Aschgabat zu Gesprächen. Beide Seiten bringen ihre Absicht zum Ausdruck, die interregionale Vernetzung zu erhöhen und unterzeichnen ein Kooperationsprogramm für den Zeitraum 2021 bis 2022.
18.2.2021	Präsident Berdymuchammedow empfängt den Vorstandsvorsitzenden des russischen Mineralölkonzerns Lukoil, Wagit Alekperow, in Aschgabat. Beide Seiten diskutieren eine mögliche Zusammenarbeit bei der Exploration und Nutzung des aserbajdschanisch-turkmenischen Kohlenwasserstofffeldes »Dostluk« im Kaspischen Meer.
22.2.2021	Außenminister Meredow empfängt den Parteivorsitzenden der Nationalen Islamischen Bewegung Afghanistans, Abdul Raschid Dostum, in Aschgabat. Beide Seiten bekunden u. a. ihr Interesse an einer möglichst raschen Umsetzung der TAPI-Pipeline.

22.2.2021	Laut Chronika Turkmenistana beginnen in Aschgabat Impfungen gegen Covid-19 mit »Sputnik V«. Beschäftigte im Gesundheitswesen und Sicherheitsbeamte zählen zur priorisierten Impfgruppe. Es liegen Meldungen vor, dass die Impfungen bereits vorher begonnen haben.
23.2.2021	Außenminister Meredow wird in Ankara vom türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan und seinem türkischen Amtskollegen Mevlüt Çavuşoğlu empfangen. Gemeinsam mit dem aserbaidischen Außenminister Jeyhun Bayramow wurde die Zusammenarbeit im Rahmen des »Lapis-Lazuli-Korridor« erörtert. Bei dem Korridor handelt es sich um eine internationale Transitroute, die Afghanistan via Turkmenistan, Aserbaidschan und Georgien mit der Türkei verbindet. Angaben von Çavuşoğlu zufolge wolle Erdoğan Turkmenistan besuchen.
27.2.2021	Auf Anordnung von Präsident Berdymuchammedow werden allen Frauen des Landes anlässlich des bevorstehenden internationalen Frauentages am 8.3.2021 60 Manat (ca. zwei US-Dollar) ausgezahlt.
1.3.2021	Auf Anordnung von Präsident Berdymuchammedow können Ausländer mit UN-Pässen ab sofort für 30 Tage visumfrei nach Turkmenistan einreisen.
1.3.2021	Turkmen Railways nimmt den Personenzugbetrieb zwischen Aschgabat und Turkmenabad wieder auf. Laut Jeyhun News müssen sich Passagiere, die von Turkmenabad nach Aschgabat reisen wollen, vor Reiseantritt auf Covid-19 testen lassen. Offiziell ist das Land nach wie vor frei von Covid-19.
3.3.2021	Im aktuellen von Freedom House erstellten Index »Freiheit in der Welt« stagniert Turkmenistan bei zwei Punkten und rangiert damit, noch hinter Nordkorea, weiterhin in der Kategorie »nicht frei«.
4.3.2021	Präsident Berdymuchammedow nimmt am Online-Gipfeltreffen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECO) teil. Hauptaugenmerk der Gespräche sind die gemeinsamen Anstrengungen gegen Covid-19 und die Erhöhung des Transport- und Transitzpotenzials in der Region, entsprechend des 2017 verabschiedeten Aktionsplan »ECO Vision 2025«.
4.3.2021	Angehörige von Exil-Turkmenen, deren Exil-Verwandte sich im Internet kritisch gegenüber der turkmenischen Regierung äußern, werden derzeit massiv durch Behörden unter Druck gesetzt, meldet die internationale Menschenrechtsorganisation Memorial.
4.3.2021	Das Zeigen von türkischen Zeichentrickfilmen wird in allen Kindergärten landesweit verboten, berichtet Chronika Turkmenistana. Hierdurch solle verhindert werden, dass Kinder statt turkmenischer Wörter zunehmend türkische Wörter benutzen. Die Polizei sei angehalten, Kindergärten mehrmals pro Woche auf Einhaltung zu prüfen und Vorschulverwaltungen sowie Kindergärtner:innen gegebenenfalls mit Geldstrafen zu belegen.
6.3.2021	Präsident Berdymuchammedow empfängt den türkischen Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu in Aschgabat. Beide Seiten besprechen u. a. die mögliche Ausweitung des interregionalen Transport- und Transitzpotenzials im Rahmen des Lapislazuli-Korridors.
6.3.2021	Laut dem Twitter-Account der indischen Armee sowie »India Today« werden turkmenische Spezialeinheiten in der indischen Stadt Nahan trainiert. Die Übungen sollen dem Aufbau militärischer Kapazitäten Turkmenistans sowie der Etablierung von freundschaftlichen Bindungen zwischen den Streitkräften dienen.
7.3.2021	In Turkmenabad werden die Mobiltelefone von Angestellten im Gesundheitssektor auf mögliche Kontakte mit RFE/RL überprüft. Aus Mary wird gemeldet, die Polizei würde wahllos die Mobiltelefone von Passanten auf die Nutzung von VPN-Diensten prüfen und bei einem Vorfinden dieser Verwaltungshaftstrafen in Höhe von bis zu 15 Tagen verhängen.
8.3.2021	Laut TDH wurde die Registrierung von Kandidat:innen für die Wahl zum neu eingeführten parlamentarischen Oberhaus am 28.3.2021 abgeschlossen. Insgesamt wurden 111 Kandidat:innen registriert.
8.3.2021	Laut Chronika Turkmenistana hat der Sender Euronews den Sendebetrieb in Turkmenistan eingestellt, nachdem am Vortag ein Bericht über die diesjährige Verleihung des britischen Martin Ennals Menschenrechtspreis und die Finalistin Soltan Atschilowa gesendet wurde. Atschilowa ist eine der wenigen unabhängigen Journalistinnen in Turkmenistan, die sich regelmäßig kritisch gegenüber der turkmenischen Regierung und Präsident Berdymuchammedow äußert.
8.3.2021	Laut Chronika Turkmenistana ist in Aschgabat ein Frachtflugzeug mit chinesischen Coronaimpfstoffen gelandet.
17.3.2021	Außenminister Meredow und die OSZE-Generalsekretärin Helga Schmid führen Online-Gespräche über Möglichkeiten zur Vertiefung der Zusammenarbeit in den Bereichen Terrorabwehr, Bekämpfung des Drogen- und Menschenhandels sowie Konfliktprävention und grenzüberschreitende Sicherheit.
18.3.2021	Laut Chronika Turkmenistana sind VPN sowie die Online-Dienste PayPal und Zoom bereits seit einigen Tagen nicht mehr nutzbar.
18.3.2021	Außenminister Meredow und sein kirgisischer Amtskollege Ruslan Kasakbajew führen per Videokonferenzschaltung Gespräche über diverse Fragen der bilateralen Zusammenarbeit, u. a. in den Bereichen Energie, Verkehr und Landwirtschaft.

**Usbekistan**

26.1.2021	Eine parlamentarische Arbeitsgruppe wird im Rahmen des usbekischen EAEU-Beobachterstatus gegründet, um Fragen der Zusammenarbeit mit der Eurasischen Wirtschaftsunion auszuarbeiten.
29.1.2021	Im Gebiet Surchandarjo wird der Blogger Otabek Satorij festgenommen und von mehreren Personen gewaltsam in ein Auto gezerrt.
5.2.2021	Ministerpräsident Abdulla Aripow trifft in Almaty im Rahmen seines Besuches beim EAEU-Zwischenregierungsrat auf seinen kirgisischen Amtskollegen Ulukbek Maripow. Beide Seiten betonen die Notwendigkeit, die Demarkation verbliebener Grenzabschnitte zu beschleunigen.
5.2.2021	Die Agentur für externe Arbeitsmigration fordert usbekische Bürger:innen, welche sich in Russland befinden, auf, sich nicht an den Protesten für den Oppositionspolitiker Alexej Nawalny zu beteiligen.
5.2.2021	Während eines Treffens des usbekischen Botschafters in Minsk mit dem belarussischen Machthaber Aleksandr Lukaschenko äußert sich dieser über Präsident Mirsijojew. Manchmal, so Lukaschenko, habe er Angst, wenn er mit Mirsijojew über dessen Pläne für Usbekistan spricht. Er würde sich fragen, ob die Pläne Mirsijojews für Usbekistan »nicht zu hart« wären.
9.2.2021	Zwei Monate früher als geplant finden am 24.10.2021 die usbekischen Präsidentschaftswahlen statt. Präsident Schawkat Mirsijojew unterzeichnet hierfür die Wahlgesetzänderung.
9.2.2021	In der Exklave Soch (Gebiet Fergana) wird mit dem Bau eines Flugplatzes begonnen, meldet der usbekische Dienst von RFE/RL.
9.2.2021	Das in New York ansässige Komitee zum Schutz von Journalist:innen (CPJ) fordert usbekische Behörden dazu auf, den inhaftierten Blogger Satorij (siehe Meldung vom 29.1.2021) freizulassen. Laut CPJ seien die Anklagepunkte gegen ihn erfunden, meldet der usbekische Dienst von RFE/RL.
10.2.2021	Das russische Landwirtschaftsministerium wendet sich an Viktoria Abramchenko, stellv. Ministerpräsidentin Russlands und bittet diese, die Einreise von Arbeitsmigrant:innen als Erntehelfer zu ermöglichen.
10.2.2021	Energieminister Alischer Sultanow stellt in einem Interview mit Voice of America (VOA) fest, dass Usbekistan »drei Usbekistans« mit seiner Gasproduktion beliefern könne. Die anhaltenden Versorgungsengpässe (siehe Zentralasien-Analysen Nr. 145) seien »ein systematisches Problem, welches wirtschaftliche, mentale und ideologische Ursachen hätte.« Usbekistan solle daher in den kommenden Jahren an der Energieeffizienz arbeiten.
11.2.2021	Nachdem verschiedene Gruppen die Generalstaatsanwaltschaft aufforderten, die Verhaftung des Bloggers Satorij vom 29.1.2021 zu überprüfen, äußert sich diese über ihren Telegramkanal. Demnach konnten keine Gesetzesverstöße bei der Festnahme Satorijs festgestellt werden.
11.2.2021	Das Innenministerium warnt Social-Media-Aktivist:innen davor, unbestätigte Informationen im Zusammenhang mit dem Strafverfahren gegen den Blogger Satorij zu verbreiten. Das Ministerium verweist dabei u. a. auf das Mediengesetz, welches die Veröffentlichung von Materialien der Ermittlungsbehörden verbietet. Dies meldet der usbekische Dienst von RFE/RL.
12.2.2021	Der Telegramkanal des Justizministeriums meldet einen Aktionsplan, wonach bis zum 1.1.2023 Dokumente in allen Organisationen in lateinischer Schrift erscheinen sollen. Ab Dezember 2022 müssen zudem u. a. Medien und Websites vollständig auf das lateinische Alphabet umstellen.
13.2.2021	Abdulkodir Toschkulow, Minister für Hochschul- und Sekundarschulbildung, bezeichnet die Unterbringung von Jungen und Mädchen auf derselben Etage von Studentenwohnheimen als »sehr beschämend«.
15.2.2021	Der Telegram-Kanal des Gesundheitsepidemiologischen Dienstes meldet, dass ab der ersten Märzhälfte Coronaimpfungen durchgeführt werden. Priorisiert sind zunächst u. a. Personen über 65 Jahren sowie medizinisches Personal sowie Schul- und Hochschuleinrichtungen.
17.2.2021	Der russische Coronaimpfstoff »Sputnik V« erhält in Usbekistan die Zulassung.
17.2.2021	Um Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit zu besprechen, reist Außenminister Abdulaziz Kamilow nach Kasachstan, Tadschikistan und Turkmenistan.
20.2.2021	Die zentralasiatische Menschenrechtsgruppe (AHRCA) verweist auf die Praxis des usbekischen Steuerdienstes, welche »massiv Geld von Girokonten kleiner Unternehmen abhebt« und fordert die Beendigung dieser Praxis. Hierdurch würden kleine Unternehmen »ruiniert werden«.
23.2.2021	Fergana Agency berichtet über einen überarbeiteten Entwurf des Strafgesetzbuches. Demnach soll ein Artikel gestrichen werden, welcher u. a. die Einfuhr, Produktion sowie Verteilung religiöser Materialien im Land verbietet.

26.2.2021	Das kasachstanische Projekt »Kok.Team«, welches sich selbst als »erstes LGBT-Massenmedium Kasachstans« bezeichnet, kritisiert den neuen Strafgesetzentwurf Usbekistans. Der darin erhaltene Sodomie-Paragraf ahndet sexuelle Handlungen zwischen erwachsenen Männern weiterhin mit drei Jahren Haft. Usbekistan gehört somit gemeinsam mit Turkmenistan zu den einzigen beiden Republiken Zentralasiens, die homosexuelle Handlungen unter Strafe stellen.
1.3.2021	Der im Januar festgenommene Blogger Satorij wird u. a. wegen Erpressung angeklagt. Die Ermittlungsbehörden sehen es als erwiesen an, dass Satorij zwischen Juni 2020 und Januar 2021 mehrere Personen u. a. erpresst sowie beleidigt habe.
2.3.2021	Über die usbekisch-afghanische Grenzbrücke bei Termez werden 24 Bürger:innen aus Afghanistan repatriiert, darunter 19 Minderjährige. Laut dem usbekischen Dienst von RFE/RL handelt es sich bei ihnen um Angehörige von illegalen bewaffneten Gruppen in Afghanistan. Nähere Angaben liegen nicht vor.
3.3.2021	Beamten mit Führungspositionen im Staatsdienst werden einer Usbekisch-Sprachprüfung unterzogen, so der Leiter der Abteilung für staatliche Sprachentwicklung, Abdugafor Kirgizbajew.
5.3.2021	Im aktuellen von Freedom House erstellten Index »Freiheit in der Welt« steigert Usbekistan sich auf 11 Punkte (2020: 10), verbleibt jedoch weiter in der Kategorie »nicht frei«.
8.3.2021	In Samarkand eröffnet die Türkei ein neues Generalkonsulat.
10.3.2021	Usbekistan stellt Kirgistan 50 Mio. US-Dollar für verschiedene Wirtschaftsprojekte zur Verfügung, meldet der usbekische Dienst von RFE/RL.
11.3.2021	Human Rights Watch (HRW) kritisiert den neuen usbekischen Strafgesetzentwurf. Zwar seien »mäßig-positive Änderungen« erkennbar, dennoch würde weiterhin die »Meinungs-, Demonstrations- und Religionsfreiheit« verletzt werden. Zudem gäbe es Mängel beim Schutz von Frauen, Folteropfern sowie LGBT«, so HRW.
11.3.2021	Präsident Mirisijojew empfängt in Taschkent seinen kirgisischen Amtskollegen Sadyr Dschaparow zu Gesprächen. Beide Seiten stimmten überein, die bilaterale Kooperation in sämtlichen Bereichen zu vertiefen. Neben gemeinsamen Projekten im Gesamtwert von 550 Mio. US-Dollar wurde die restliche Demarkation der gemeinsamen Grenze, sowie die Situation der usbekischen Exklave Soch erörtert. Auf einer Pressekonferenz erklärt Mirisijojew, dass Taschkent und Bischkek die weitere Grenzdemarkation innerhalb der kommenden drei Monate abschließen wollen.
12.3.2021	Präsident Mirisijojew und Bundeskanzlerin Merkel halten ein Online-Treffen ab. Beide Seiten besprechen u. a. gemeinsame Vereinbarungen sowie den Reformprozess in Usbekistan.
12.3.2021	Hugh Williamson, Direktor von HRW in Europa und Zentralasien, fordert Bundeskanzlerin Merkel via Twitter auf, mehrere Fragen zu Menschenrechten mit Präsident Mirisijojew zu besprechen. Kanzlerin Merkel solle bei dem Online-Treffen u. a. die Kriminalisierung von LGBT in Usbekistan ansprechen.
15.3.2021	Gazeta.uz meldet die Verabschiedung eines neuen Gesetzes durch den Senat, welches künftig die »Anstachelung von Unruhen« unter Strafe stellt.
15.3.2021	Kamtschibek Taschiew, Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Nationale Sicherheit der kirgisischen Republik, weist Berichte über einen Transportkorridor von der usbekischen Exklave Soch zurück. Die vom kirgisischen Territorium umschlossene Exklave würde keinen Korridor nach Usbekistan erhalten, so Taschiew. Laut ihm habe der kirgisische Präsident Sadyr Dschaparow lediglich die Errichtung eines neuen Kontrollpunktes vorgesehen.
16.3.2021	Während einer Parteigründungs-Veranstaltung in Kibray (Gebiet Taschkent) kommt es zu Störaktionen durch Unbekannte, meldet Fergana-Agency. Bahrom Gojob, Pressesprecher der neugegründeten sozialdemokratisch ausgerichteten Partei »Haqiat wa Taraqiot« (Justiz und Entwicklung) sagt gegenüber dem usbekischen Dienst von RFE/RL, dass vor dem Gebäude in welchem das Parteimitgliedertreffen anberaumt war, eine größere Zahl von »Frauen und Bloggern« versammelt gewesen sei. Weitere Hintergründe wurden nicht bekannt.
17.3.2021	Im Rahmen der COVAX-Initiative erhält Usbekistan 660.000 Dosen des »AstraZeneca«-Impfstoffes.
17.3.2021	Der Parlamentsabgeordnete Rasul Kuscherbajew äußert sich zum Aufruf des UN-Menschenrechtsausschusses, gleichgeschlechtliche Beziehungen in Usbekistan zu legalisieren. Über seinen Telegram-Kanal äußert Kuscherbajew, eine mögliche Legalisierung würde den »Tod des Landes bedeuten«. Weiter sagte Kuscherbajew, dass auf dem Weg zur Demokratie alles erträglich sei, außer der Unterstützung von Handlungen, die »der menschlichen Natur fremd seien«.
17.3.2021	Eine neue Variante des usbekischen Alphabets wird vorgestellt, meldet der usbekische Dienst von RFE/RL. In dem u. a. von der Akademie der Wissenschaften Usbekistans entwickelten Projekt wird u. a. empfohlen, künftig den Buchstaben »F« mit »g« zu transkribieren.

19.3.2021	Bei einem Pressetermin wird Präsident Mirsijojew von Reporter:innen auf ein Gebäudekomplex in einem Biosphärenreservat bei Taschkent angesprochen. Mirsijojew bestreitet, dass es sich bei dem Gebäude um eine Präsidialresidenz handle. Laut ihm würden dort lediglich Treffen mit hochrangigen Personen stattfinden, wovon Usbekistan profitieren würde. Es handle sich um einen »staatlichen Ort«.
20.3.2021	Anlässlich des Nawruz-Festes begnadigt Präsident Mirsijojew 140 Personen.

*Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Zentralasien-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.*

*Zusammengestellt von Rostam Onsoni und Richard Schmidt.*

*Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.*

#### Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH  
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.  
 Deutsches Polen-Institut  
 Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien  
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

#### Redaktion:

Verantwortliche Redakteure: Rostam Onsoni und Richard Schmidt  
 Satz: Matthias Neumann

#### Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow  
 Dr. Beate Eschment, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS), Berlin  
 Prof. Dr. Martin Petrick, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Halle

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

ISSN 1866-2110 © 2021 by Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung  
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH • Mohrenstraße 60 • 10117 Berlin • Telefon: +49 (30) 2005949-20  
 e-mail: rostam.onsoni@zois-berlin.de, richard.schmidt@zois-berlin.de • Internet-Adresse: [www.laender-analysen.de/zentralasien](http://www.laender-analysen.de/zentralasien)



# Kostenlose Länder-Analysen auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de).

## Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

## Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

## Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

## Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



## Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

## Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



## Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

